

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 32 – Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung des UKSH

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Andreas Tietze:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 381.11 / 01.07.2011**

## Vorfestlegungen helfen niemanden

Die Wogen um das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) schlagen wieder mal hoch – das Uniklinikum kommt nicht zur Ruhe. Vorabveröffentlichungen über den Vorschlag einer Defusionierung aus der bisher noch vertraulichen und noch nicht beschlossenen Stellungnahme des Wissenschaftsrates verunsichern die Belegschaft und veranlassen den UKSH-Vorstand zu einem Foul gegen die Gutachter.

Albert Einstein hat mal gesagt, ich zitiere mit Verlaub: „Ein Wissenschaftler ist eine Mirmose, wenn er selbst einen Fehler gemacht hat und ein brüllender Löwe, wenn er bei anderen einen Fehler entdeckt.“

Fakt ist, es läuft nicht rund. Aber, auch das ist eine Tatsache, Vorfestlegungen helfen im Moment auch niemandem. Die Probleme des UKSH sind komplex und die Lösung ist nicht einfach zu finden. Der Antrag, den SSW und Grüne gemeinsam stellen, will deshalb den Druck aus dem Kessel nehmen.

Wir sollten zunächst die Veröffentlichung des Berichtes des Wissenschaftsbeirates abwarten und uns dann argumentativ mit den Thesen einer Defusionierung auseinandersetzen. Der SPD-Antrag ist in der Sache richtig – keine Privatisierung, keine Defusionierung – aber eben auch Effekthascherei und voreilig. Uns muss doch allen klar sein, dass es keine einfachen Lösungen für das UKSH ohne erhebliche finanzielle Risiken für das Land gibt.

Genau diese Risiken gilt es aber im politischen Kontext zu diskutieren, zu bewerten und dann Schlüsse zu ziehen – genau das machen wir gerade in unserer Fraktion. Da aller-

dings der Vorschlag zur Rückabwicklung der Fusion des UKSH nun im Raum ist und durch den Wissenschaftsrat auf die Tagesordnung der Landespolitik gesetzt wurde, will ich dennoch eine erste Einschätzung vornehmen.

Eine Gesamtlösung für das UKSH wurde durch die erneut ins Spiel gebrachte Trennung der Unikliniken von Lübeck und Kiel erschwert. Ein Wissenschaftsrat kann ein Problem isoliert betrachten und durchaus sachliche und logische Schlüsse ziehen. Ein Landesparlament muss die Risiken als Ganzes abwägen und letztlich von der Frage geleitet sein, was dient dem Wohle des ganzen Landes und nicht allein eines Standortes?

Im Übrigen habe ich mich hier im Landtag immer gegen eine (Teil)-Privatisierung profitabler Filetstücke ausgesprochen, das gilt immer noch. Während das Land für die kosten trächtigen Ausbildungs- und Forschungsaktivitäten weiterhin aufkommen muss, darf sich ein Privater nicht einfach die Rosinen rauspicken. Ein Scheitern der Fusion wäre meines Erachtens schlecht für das Land und gut für die Privatisierer.

Meiner Fraktion geht es um die Frage, wie wir die Sanierung des UKSH unter den gegebenen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bestmöglich realisieren können. Und wie wir zukünftig einen laufenden Betrieb mit mindestens ausgeglichenen Ergebnissen hinbekommen. Wir müssen den Investitionsstau auflösen und ein modernes Bau- und Facilitymanagement für ein „Green Hospital“ gestalten können. Eine spannende Herausforderung für eine Gestaltungspartei wie uns Grüne – schließlich wollen wir die Kostenvorteile von Energieeffizienz und Ressourceneinsparung zum Defizitabbau nutzen.

Wir haben daher ein leichtes Pro für das vom UKSH vorgeschlagene Asset-Modell, eines schlankeren baulichen Masterplans, aber wir haben auch noch zahlreiche Fragen. Es war notwendig im Rahmen des Markterkundungsverfahrens Akteneinsicht zu nehmen, nur so konnte ich beim Lesen der verschiedenen Konzepte interessante Aspekte entdecken. Der Vorteil eines Asset-Modells wäre, dass man keine Zeit verliert und neue Wertschöpfungsketten schafft. Aber Modelle der Public-Private-Partnership sind auch nicht unproblematisch, bergen Risiken und müssen daher gründlich geprüft werden.

Dies aber bitte nicht bis zum Sanktnimmerleinstag – das UKSH braucht dringend Klarheit wie es weitergeht. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

\*\*\*